



Pressemitteilung

Ansbach, 17. Mai 2018

Stadt und Militär halten Sommernachtflugprogramm der US-Kampfhubschrauber unter Verschluss

Kritik an Geheimniskrämerei: „Bürger haben das Recht zu wissen, welche Belastungen auf sie zukommen“

Seit Anfang Mai leiden viele Bürger in Westmittelfranken wieder unter dem „Sommernachtsflugprogramm“ der US-Hubschrauber. Ab Juni ist es dann wieder soweit: An den Militärbasen Ansbach-Katterbach und Illesheim gelten mit Flugerlaubnis bis zwei Uhr nachts ohne räumliche Begrenzung die bundesweit wohl laxesten Bestimmungen für den Luftverkehr. Im vergangenen Jahr flogen die Kampfhubschrauber im Juni und Juli an insgesamt 16 Nächten bis zwei Uhr nachts, wie die Stadt Ansbach unlängst mitteilte.

Anwohner wollten nun wissen, ob sie erneut mit solch einem Lärm-Sommer rechnen müssen und an welchen Tagen „bis in die Puschen“ geflogen werde. Immerhin hatten die Katterbacher Kampfkommandeure gegenüber der *Fränkischen Landeszeitung* am 17. Februar 2018 beteuert, für Transparenz sorgen zu wollen.

Doch die US-Armee hält ihr Sommernachtflugprogramm gegenüber der Bevölkerung unter Verschluss. Man habe dieses jedoch an die Stadt Ansbach weitergeleitet, so Armeevertreter auf Nachfrage. Dort versuchte jetzt die stellvertretende Vorsitzende der Bürgerinitiative (BI) „Etz langt's!“, Kerstin Mach aus Ansbach-Obereichenbach, Informationen zu erhalten. Die Stadt werde die Daten nicht herausgeben, erhielt die überraschte Bürgerin als Antwort. Man solle sich an die US-Armee wenden.

„Offenbar will niemand der Überbringer schlechter Nachrichten für Gesundheit und Lebensqualität der Menschen in Westmittelfranken sein. Die Stadt Ansbach muss den betroffenen Bürgern jetzt klar sagen, welche Belastungen sie erwartet. Geheimniskrämerei ist absolut fehl am Platze. Unsere Region braucht nicht nur in dieser Angelegenheit mehr Selbstbewusstsein statt Duckmäusertum gegenüber den Truppen von Donald Trump, der gerade dabei ist, den allerletzten Rest des Vertrauens in die transatlantische Partnerschaft zu zerstören,“ erklärte der BI-Vorstand.